

FRITZ SCHEBECK

■ ÖSTERREICHS WACHSTUM FINDET WIEDER ANSCHLUSS AN EU

MITTELFRISTIGE PROGNOSE DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT BIS 2001

Abwertungen einiger Währungen in Europa, Maßnahmen zur Konsolidierung des Staatshaushalts und kurzfristig nicht bewältigbare Strukturprobleme ließen die gesamtwirtschaftliche Produktion in Österreich seit 1994 langsamer wachsen als im Durchschnitt der EU-Staaten. Nach dem Wegfall wechsellkursbedingter Konkurrenz Nachteile, mit fortschreitenden Strukturverbesserungen und etwas weniger restriktiver Budgetpolitik dürfte es der österreichischen Wirtschaft ab 1998 gelingen, mit der Wachstumsdynamik der EU gleichzuziehen. Das reale BIP wird im Durchschnitt 1996/2001 um 2,4% pro Jahr steigen

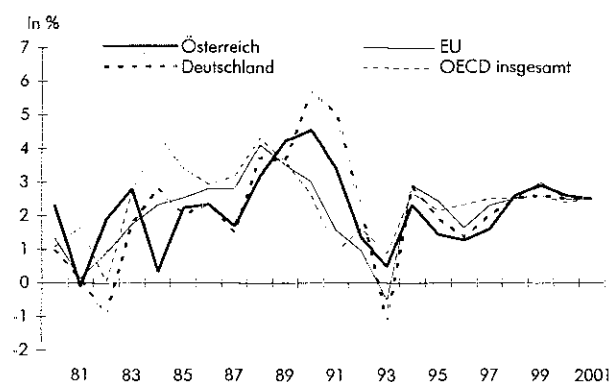
Wechselkursänderungen in Europa, Maßnahmen zur Konsolidierung des Staatshaushalts und kurzfristig nicht zu bewältigende Strukturprobleme hatten zur Folge, daß das Bruttoinlandsprodukt in Österreich seit 1994 deutlich langsamer wächst als im Durchschnitt der EU. Nach dem Wegfall der wechsellkursbedingten Konkurrenz Nachteile und mit fortschreitenden Strukturverbesserungen könnte die österreichische Wirtschaft ab 1998 mit der Wachstumsdynamik der EU gleichziehen (Abbildung 1). Voraussichtlich wird das reale BIP 1996/2001 durchschnittlich um 2,4% pro Jahr zunehmen, um 1 Prozentpunkt rascher als in der Fünfjahresperiode davor

Sind zur Zeit die Exporte der Motor des Wachstums, so dürften im Laufe des Jahres 1998 auch zusätzliche Impulse von den Investitionen ausgehen. Die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte läßt nur eine allmähliche und mäßige Erholung des privaten Konsums erwarten. Die Nachfrage der öffentlichen Haushalte wird infolge der anhaltenden Budgetkonsolidierungsaufgaben mäßig bleiben müssen. Der Finanzierungssaldo des Staates unterschreitet 1997 deutlich die im Maastricht-Vertrag genannte 3%-Marke und sinkt gegen Ende der Prognoseperiode unter 2% des BIP. Auch die Staatsschuldenquote dürfte im Laufe der nächsten Jahre gegen 60% des BIP tendieren.

Mit der rascheren Produktionsausweitung wird auch die Arbeitskräftenachfrage wieder anziehen. Infolge der Zunahme von Teilzeitarbeit steigt die Zahl der un-

Der Autor dankt Norbert Geldner, Alois Guger, Gerhard Lehner, Markus Marterbauer, Stephan Schulmeister, Ewald Walterskirchen und Michael Wüger für wertvolle Anregungen und Hinweise. Andrea Weber arbeitete an der Aktualisierung und Anwendung des WIFO-Makromodells zur Prognoseerstellung mit. Aufbereitung und Analyse der Daten erfolgten mit Unterstützung von Christine Kaufmann und Martha Steiner.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum



selbständig Beschäftigten rascher als jene der geleisteten Arbeitsstunden. Die Arbeitslosenzahl dürfte aber nicht im gleichen Ausmaß zurückgehen, weil das Arbeitskräfteangebot relativ elastisch auf Nachfrageänderungen reagiert.

Zwar sinkt das Defizit der Leistungsbilanz, doch wird zum Ende der Prognoseperiode das außenwirtschaftliche Gleichgewicht nicht wiederhergestellt sein.

Weder von den Importpreisen noch von den Lohnstückkosten werden inflationsbeschleunigende Impulse ausgehen.

TEILNAHME AN DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION VERÄNDERT RAHMENBEDINGUNGEN

Die vorliegende Prognose der österreichischen Wirtschaft stützt sich auf die Prognose der Weltwirtschaft (Schulmeister, 1997). Sie integriert ferner die jüngste WIFO-Konjunkturprognose bis zum Jahr 1998 (Marterbauer, 1997).

Als zentrale Annahme liegt dieser Prognose zugrunde, daß die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) per 1. Jänner 1999 planmäßig beginnt, und zwar als „große“ Lösung mit 11 Teilnehmerländern, darunter auch Österreich. Die Auswirkungen der WWU werden in Baumgartner et al. (1997) unter verschiedenen Aspekten ausführlich dargestellt und diskutiert. Unter anderem stützt der Wegfall der Abwertungsmöglichkeit in (früheren) Weichwährungsländern die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und läßt Marktanteilsgewinne im Export erwarten.

Durch die Bindung des Schillings an die DM und die seit 1981 etablierte Glaubwürdigkeit seiner Hartwährungspolitik hat Österreich die Aufgabe einer autonomen Wechselkurs- und Geldpolitik, die die Teilnahme an der WWU mit sich bringt, praktisch vorweggenommen.

FISKALPOLITIK UND ÖFFENTLICHE HAUSHALTE

Mit der Wahrung der Haushaltsdisziplin im Sinne des „Stabilitäts- und Wachstumspakts“ der EU, der Sanktionen im Falle eines übermäßigen Defizits vorsieht, wird fiskalpolitisches Neuland betreten¹⁾.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt schränkt die Handlungsfähigkeit der grundsätzlich autonomen Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten erheblich ein; seine ökonomische Fundierung ist schmal und umstritten. Da in Österreich die Konjunkturkomponente in den öffentlichen Haushalten relativ klein ist, besteht Spielraum für ein strukturelles Defizit von etwas mehr als 1% des BIP (Url, 1997, S. 382).

Die begrenzte Manövrierfähigkeit der Fiskalpolitik könnte künftig dem Arbeitsmarkt und/oder der Lohnbildung mehr Anpassungslasten aufbürden. Generell dürften die eingeschränkten Möglichkeiten der Makropolitik im nationalstaatlichen Bereich mehr mikroökonomische Maßnahmen nahelegen. Auf gesamteuropäischer Ebene könnte sich für die WWU ein größerer makropolitischer Spielraum bieten.

Die Prognose unterstellt, daß die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte fortgesetzt wird (Auswirkungen der geplanten Steuerreform sind in dieser Prognose nicht berücksichtigt): Durch das „Sparpaket“ sinkt die Defizitquote 1996 und 1997 deutlich. Mit weiteren mäßigen Verbesserungen dürfte die Neuverschuldungsquote bis 2001 auf etwa 1¼% des BIP sinken. Dieser Wert scheint jedoch nicht niedrig genug, um in Rezessionsjahren ein „übermäßiges Defizit“ im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vermeiden zu können. Weitere Anpassungen der Einnahmen- und Ausgabenstruktur wären daher erforderlich. Eine nachhaltig konzipierte Pensionsreform und die für 2000 geplante Steuerreform sollten darauf Bedacht nehmen. Wenn das strukturelle Defizit des Staates mittelfristig auf etwa 1% des BIP gedrückt werden kann, sollte der Finanzierungssaldo die 3%-Marke in Rezessionsjahren nicht überschreiten, auch wenn die automatischen Stabilisatoren wirken.

Durch den Abbau des Defizits und mit Hilfe von Privatisierungen sowie Ausgliederungen von Gesellschaften aus dem Staat (nach Maastricht-konformer Definition) wird die Staatsschuldenquote von über 70% des BIP im Jahre 1996 auf etwa 63% gedrückt.

Die Budgetkonsolidierung verlangt die Erzielung beträchtlicher Überschüsse im Primärhaushalt (ohne Zin-

¹⁾ In der Entschließung des Europäischen Rates in Amsterdam vom 16. und 17. Juni 1997 heißt es: „Das Festhalten an dem Ziel eines soliden, nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuß aufweisenden Haushalts wird es allen Mitgliedstaaten ermöglichen, die normalen Konjunkturschwankungen zu bewältigen und dabei das öffentliche Defizit im Rahmen des Referenzwertes von 3% des BIP zu halten.“ Zum Stabilitäts- und Wachstumspakt siehe Kramer (1997) und Url (1997).

Übersicht 1: Staat

	Ø 1979/ 1985	Ø 1985/ 1991	Ø 1991/ 1996	Ø 1996/ 2001
Jährliche Veränderung in %				
Laufende Einnahmen	+ 7,6	+ 5,8	+ 5,1	+ 3,7
Direkte Steuern	+ 8,6	+ 5,5	+ 6,4	+ 4,6
Beiträge zur sozialen Sicherheit	+ 7,1	+ 6,4	+ 5,7	+ 3,1
Indirekte Steuern	+ 6,9	+ 5,2	+ 3,4	+ 3,9
Laufende Ausgaben	+ 7,9	+ 6,1	+ 5,6	+ 3,2
Öffentlicher Konsum	+ 7,5	+ 5,7	+ 5,5	+ 3,1
Zinsen für die Staatsschuld	+14,4	+ 9,4	+ 5,5	+ 2,1
Sozialtransfers	+ 7,6	+ 5,8	+ 6,2	+ 3,0
In % des BIP				
Primärsaldo	0,4	0,7	0,5	2,1
Finanzierungssaldo	- 2,6	- 3,2	- 3,8	- 2,2

sen für die Staatsschuld) Im Durchschnitt 1996/2001 erreicht der Primärsaldo 2,1% des BIP (gegenüber 0,5% 1991/1996). In der Vergangenheit wuchsen die laufenden Ausgaben des Staates mittelfristig stets rascher als die laufenden Einnahmen (Übersicht 1). Im Prognosezeitraum kehrt sich dieser Trend um, und die Einnahmen entwickeln sich dynamischer als die Ausgaben. Als Folge der Sanierungsmaßnahmen steigen im Gegensatz zu früheren Perioden die Sozialtransfers nicht mehr rascher als die Beiträge zur sozialen Sicherheit – dazu trägt auch die sinkende Arbeitslosigkeit bei. Überdies werden die öffentlichen Konsumausgaben gedämpft, und die Aufwendungen für Zinsen steigen analog zur Entwicklung der Staatsschuld langsamer.

AUSSENWIRTSCHAFT BLEIBT IM UNGLEICHGEWICHT

Bis 1994 war die *Leistungsbilanz* ein Jahrzehnt lang nahezu ausgeglichen; der Überschuss aus dem Reiseverkehr deckte in hohem Maße das Handelsbilanzdefizit. Mit der drastischen Verschlechterung der Nettoeinnahmen aus dem Reiseverkehr und höheren Nettotransfers an das Ausland nach dem EU-Beitritt stieg das Leistungsbilanzdefizit bis 1997 auf mehr als 2% des BIP.

Zwar schrumpft es in den kommenden Jahren (auf etwa 1½% des BIP im Jahr 2001), es gelingt jedoch nicht, die Außenwirtschaftsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen. Dazu wäre bei gegebenen Außenhandelspreisen ein deutlich höherer realer Außenbeitrag erforderlich, als er sich in der Prognose ergibt. In den Jahren 1997 bis 2001 trägt der Austausch von Gütern und Dienstleistungen im Durchschnitt pro Jahr knapp ½ Prozentpunkt zum realen Wirtschaftswachstum bei; in den letzten fünf Jahren war der Beitrag etwa in gleicher Höhe sogar negativ.

In der WWU spielt die Leistungsbilanz als währungspolitischer Fundamentalindikator keine Rolle mehr, wohl aber bleibt sie ein Maßstab für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Ein Defizit zeigt, daß Wachstum und Beschäftigung „ins Ausland verlagert“ werden.

Der Rückgang des Leistungsbilanzdefizits im Prognosezeitraum resultiert hauptsächlich aus der Entwicklung

Übersicht 2: Leistungsbilanz

	Ø 1979/1985	Ø 1985/1991	Ø 1991/1996	Ø 1996/2001
Jährliche Veränderung in %				
Exporte				
Waren laut WIFO	+ 9,4	+ 4,9	+ 5,1	+ 9,0
Reiseverkehr	+ 5,6	+ 7,1	- 0,8	+ 3,2
Importe				
Waren laut WIFO	+ 8,0	+ 5,4	+ 4,1	+ 7,9
Reiseverkehr	+ 6,0	+ 6,4	+ 8,4	+ 4,3
Mrd. S				
Handelsbilanz laut WIFO	-73,8	-78,7	-96,6	-103,9
Reiseverkehrsbilanz	43,9	51,2	44,9	16,6
Transferbilanz laut Außenhandelsstatistik	1,1	- 0,7	-13,6	- 17,1
Leistungsbilanz	- 6,3	2,6	-24,5	- 49,1
In % des BIP	- 0,6	0,1	- 1,1	- 1,8

der *Handelsbilanz*: Die Ausfuhr sollte von einer effizienten Technologieoffensive und einer auf Schwerpunktmärkte²⁾ zielenden Exportoffensive Impulse erhalten; ferner dürfte sich die kostenbestimmte Wettbewerbsposition sowohl auf den Auslandsmärkten als auch gegenüber der Importkonkurrenz auf dem Inlandsmarkt eher verbessern. Günstige Voraussetzungen dafür bilden die einheitliche Europawährung sowie geringe Steigerungen der Lohnstückkosten und Preise. Aufgrund der lange Zeit verfolgten Hartwährungspolitik dürfte Österreich über mehr Erfahrungen in wettbewerbsorientierter Lohnpolitik verfügen als bisherige Weichwährungsländer. Überdies zeichnet sich eine Verbesserung der Warenstruktur im Export ab. Die Prognose setzt also auf Marktanteilsgevinne im Export.

Seit dem EU-Beitritt haben österreichische Erzeuger im Inland deutlich Marktanteile verloren. Die Nahrungsmittelverarbeitung wurde durch die Wettbewerbsverschärfung hart getroffen, und ausländische Anbieter haben sich stärker behauptet. Diese Tendenz dürfte nun zum Stillstand gekommen sein. Dennoch wird die Importquote im Konsumgüterbereich (Unterhaltungselektronik, Telekommunikation, Computer, Markenartikel des gehobenen Bedarfs) mangels entsprechenden österreichischen Angebotes hoch bleiben. Die einheitliche Währung wird ab dem Jahr 2002 Preisvergleiche erleichtern, Unterschiede – z. B. kleinere Handelsspannen und geringere Mehrwertsteuerbelastung in Deutschland – treten dann deutlicher zutage. Eine Erholung des privaten Konsums könnte daher die Leistungsbilanz zusätzlich belasten.

Im Zeitraum 1996/2001 werden die Warenexporte real um 7¼% und die Importe um 6½% pro Jahr wachsen, deutlich rascher als zwischen 1991 und 1996. Die Terms of Trade dürften sich um ¼% verschlechtern.

Im *Tourismus* verursacht die Globalisierung einen tiefgreifenden Wandel. Unter 19 Tourismusländern zählt Österreich im Zeitraum 1990/1995 gemessen an den

²⁾ Siehe dazu Breuss – Egger – Stankovsky (1997).

Marktanteilsveränderungen zu den größten Verlierern. Mit durchschnittlich $-3\frac{1}{2}\%$ pro Jahr rangiert es weltweit nur vor Dänemark und Kanada (*Smeral*, 1996).

Der Überschuß der Reiseverkehrsbilanz ist von mehr als 3% zu Beginn der neunziger Jahre bis 1997 auf 0,7% des BIP geschrumpft. 1998 dürfte mit Nettoeinnahmen von rund 15 Mrd. S (0,6% des BIP) die Talsohle erreicht werden. Danach sind auf der Export- wie der Importseite mäßige Zuwächse zu erwarten, das Nettoergebnis könnte bis 2001 gegen 20 Mrd. S steigen. Diese Prognose geht von der Annahme einer spürbaren Verbesserung der Angebotsstrukturen und einer wirksamen Adaption der Marketing- und Vertriebsstrategien gestraffter Tourismusorganisationen aus. Gemessen an den Zahlungsströmen im internationalen europäischen Reiseverkehr wird Österreich mittelfristig weiter Positionseinbußen erleiden (*Smeral*, 1997, S. 169).

Da der Reiseverkehr das Defizit der Handelsbilanz keineswegs wie in der Vergangenheit weitgehend decken wird und überdies höhere Nettotransfers an das Ausland zu leisten sind, werden Verbesserungen in der Warenbilanz nicht genügen. Vielmehr sollte auch ein günstigeres Austauschverhältnis im Bereich der sonstigen Dienstleistungen – vor allem der dynamisch wachsenden produktionsnahen Dienstleistungen – angestrebt werden.

DIVERGIERENDE ENTWICKLUNG DER INLANDSNACHFRAGE

Während öffentlicher und privater Konsum im Prognosezeitraum langsamer expandieren als zwischen 1991 und 1996, wird die Investitionstätigkeit merklich rascher zunehmen (Übersicht 3).

Die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung, mäßige Lohnsteigerungen und niedrige Zinsen bestimmen die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Bereinigt um den Anstieg der Konsumgüterpreise sinken die Haushaltseinkommen 1997 um 0,7%; ab 1998 steigen sie im Durchschnitt um 2% pro Jahr. Der private Konsum wird von dieser flachen Entwicklung der Einkommen bestimmt. Allerdings folgen die Konsumausgaben einem längerfristigen Einkommenskonzept und schwanken erheblich weniger als die Einkommensströme. Die Sparquote fällt daher 1997 mit 8,6% auf den niedrigsten Wert seit 1983/84³⁾, nähert sich danach aber wieder einem Gleichgewichtswert (sie steigt bis zum Jahr 2001 auf 9,4%). Im Durchschnitt der Prognoseperiode wachsen realer Konsum und verfügbare reale Einkommen mit annähernd gleicher Rate ($+1\frac{1}{2}\%$ pro Jahr).

³⁾ Damals drückten einerseits Vorziehkäufe angesichts der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze im Jahr 1984 und andererseits eine institutionell bedingte Verschiebung der Gewinneinkommen von den „sonstigen Einkommen aus Besitz und Unternehmung“ zu den „unverteilten Gewinnen“ die Sparquote

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø1979/ 1985	Ø1985/ 1991	Ø1991/ 1996	Ø1996/ 2001
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+ 1,7	+ 3,1	+ 1,9	+ 1,5
Öffentlicher Konsum	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,0
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 0,4	+ 5,5	+ 2,0	+ 3,6
Privat	+ 0,9	+ 6,2	+ 2,2	+ 4,2
Öffentlich	- 1,7	+ 1,5	- 0,1	- 1,4
Inländische Endnachfrage	+ 1,4	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,0
Lagerveränderung und Statistische Differenz	Mrd. S			
Verfügbares Güter- und Leistungs- volumen	+ 1,2	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,0
Exporte i. w. S.	+ 4,8	+ 5,9	+ 4,3	+ 6,6
Waren laut WIFO	+ 5,9	+ 5,6	+ 5,0	+ 7,8
Reiseverkehr	+ 0,8	+ 4,9	- 4,0	+ 1,2
Importe i. w. S.	+ 3,7	+ 5,8	+ 5,1	+ 5,8
Waren laut WIFO	+ 3,3	+ 6,1	+ 4,0	+ 6,5
Reiseverkehr	+ 1,4	+ 3,8	+ 6,9	+ 1,8
Brutto-Inlandsprodukt	+ 1,6	+ 3,2	+ 1,4	+ 2,4
Nominell	+ 6,4	+ 6,0	+ 4,3	+ 4,0

Mit der Produktionsentwicklung wird sich auch das reale Wachstum der Investitionen beschleunigen. Wenn im kommenden Frühjahr der Europäische Rat über den Teilnehmerkreis der WWU entscheidet und auch ankündigt, welche bilateralen Wechselkurse angesteuert werden sollen, werden sich die Erwartungen erheblich stabilisieren. Der Gewinn an Sicherheit über die künftige Entwicklung in Europa könnte der Investitionstätigkeit zusätzliche Impulse verleihen, die bis in das Jahr 1999 wirken. Begünstigt durch niedrige Zinsen und gute Unternehmenserträge könnten Investitionspläne rasch umgesetzt werden.

Wesentlich für den Wirtschaftsstandort Österreich wäre die rasche Beseitigung von noch bestehenden bürokratischen Barrieren für Unternehmensgründung und Niederlassung, über die ausländische Investoren klagen.

Das Schwergewicht wird auch in den kommenden Jahren auf den Ausrüstungsinvestitionen liegen. Neben dem Rationalisierungsmotiv werden die Einführung neuer Technologien und Kapazitätserweiterungen an Bedeutung gewinnen. Das Produktionspotential ist in den letzten Jahren nur mäßig gewachsen (nach OECD-Berechnungen um 1,9%), die erwartete Absatzsteigerung würde daher bald an Kapazitätsgrenzen stoßen.

Deutlich langsamer als die Ausrüstungsinvestitionen werden die Bauinvestitionen zunehmen. Die mit Ausrüstungsinvestitionen verbundenen Bauaufträge dürften kaum ins Gewicht fallen. Beträchtliche Mittel werden in den Ausbau der Infrastruktur (Verkehr und Telekommunikation) fließen. Büroraumkapazitäten in neuen, modernen Anforderungen entsprechenden Gebäuden und Standorten könnten wieder mehr gefragt sein. Die Wohnbautätigkeit ist abgeflaut und wird kaum zulegen. Die Aufwendungen für Althausanierung und Renovierung wachsen weiter.

Die gesamten Bruttoanlageinvestitionen expandieren im Zeitraum 1996/2001 real um gut $3\frac{1}{2}\%$; in den fünf Jah-

ren davor nahmen sie um nur 2% zu. Dementsprechend erhöht sich die Investitionsquote von 23½% auf 25%

BESCHÄFTIGUNG STEIGT WIEDER

In Österreich haben zwar schon Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt (Jahresdurchrechnungsmodelle in der Bauwirtschaft, flexiblere Ladenöffnungszeiten, vermehrte Teilzeitarbeit, Zunahme von Leiharbeit, Werkverträgen und geringfügiger Beschäftigung, neue Selbstständigkeit), doch dürften sie in anderen EU-Ländern schon weiter gediehen sein (z. B. Niederlande). Bereits 1997 trugen neue Teilzeitarbeitsverhältnisse in hohem Maße zum Anstieg der Zahl der unselbständig Beschäftigten um etwa 10 000 bei. Für eine genauere Quantifizierung und Analyse dieser Entwicklung fehlt leider in Österreich die Datengrundlage.

Die Prognose geht davon aus, daß weitere Flexibilisierungsschritte gesetzt werden, verstärkte, zielgerichtete Anstrengungen in der Ausbildung das Humankapital aufwerten, eine angemessene fortschreitende Deregulierung selbständige Tätigkeiten und Unternehmensgründungen begünstigt. Andernfalls könnten angebotsseitige Rigiditäten den Wirtschaftsstandort Österreich benachteiligen und die Ausweitung von Produktion und Beschäftigung bremsen.

Der Europäische Rat hat in seiner Tagung am 16. und 17. Juni 1997 in Amsterdam seine Entschließung über den Stabilitäts- und Wachstumspakt um eine Entschließung über „Wachstum und Beschäftigung“ ergänzt. Die Leitlinien postulieren als vorrangiges Ziel „die Schaffung eines qualifizierten, gut ausgebildeten und anpassungsfähigen Arbeitskräftepotentials und die Schaffung von Arbeitsmärkten, die flexibel auf die wirtschaftlichen Veränderungen reagieren“. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik sollen „die Effizienz des Arbeits- und Produktmarktes, die technologische Innovation und das Potential der kleinen und mittleren Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen besondere Beachtung finden“. Ferner wird auf die Bedeutung der allgemeinen und beruflichen Bildung einschließlich des lebensbegleitenden Lernens, die Arbeitsanreize in den Steuer- und Sozialsystemen und die Verringerung der Lohnnebenkosten im Hinblick auf bessere Vermittelbarkeit hingewiesen. Die Europäische Investitionsbank wird aufgerufen, ihre Tätigkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionsmöglichkeiten in Europa weiterzuentwickeln. Die Staats- und Regierungschefs der EU sollen anlässlich des Sondergipfels am 20. und 21. November 1997 in Luxemburg Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele beschließen.

Nach Stagnation (1995) und Rückgang (1996) belebt sich der Bedarf an *unselbständig Erwerbstätigen* ab 1997; die jährlichen Zuwachsraten betragen ab 1999 etwa ¾%. Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst im

Übersicht 4: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 1979/ 1985	Ø 1985/ 1991	Ø 1991/ 1996	Ø 1996/ 2001
	Jährliche Veränderung in %			
Unselbständig Beschäftigte	± 0,0	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,5
Summe Wirtschaftsklassen ¹⁾	± 0,0	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,7
Arbeitslose	+16,2	+ 4,8	+ 4,5	- 1,2
Arbeitslosenquote				
In % der unselbständigen				
Erwerbspersonen	3,6	5,4	6,6	6,8
In % der Erwerbspersonen	3,1	4,7	5,9	6,1
Gesamtwirtschaftliche Produktivität	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,9
Lohn- und Gehaltssumme ²⁾	+ 6,0	+ 6,2	+ 3,9	+ 3,1
Je Beschäftigten ¹⁾	+ 6,0	+ 4,8	+ 3,8	+ 2,4
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	+ 4,4	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,7
Unternehmereinkommen und				
unverteilte Gewinne	+ 6,7	+ 7,4	+ 4,1	+ 4,4
Verfügbares Einkommen der				
privaten Haushalte	+ 6,2	+ 6,3	+ 3,8	+ 3,3
Sparquote	in %	9,4	11,5	9,9
				9,0

¹⁾ Ohne Präsenzdienster und Bezieher von Karenzurlaubsgeld. – ²⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge.

weiteren Sinn wächst zwar nicht mehr so stark wie noch vor einigen Jahren, aber weiterhin überdurchschnittlich. Im Prognosezeitraum steigt die Zahl der unselbständig Beschäftigten (Summe der Wirtschaftsklassen) erheblich rascher als in der vergangenen Fünfjahresperiode (im Durchschnitt +0,7% gegenüber +0,1% pro Jahr; Übersicht 4). Infolge der Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung, über die es keine verlässlichen Daten gibt, nimmt das Arbeitsvolumen jedoch weniger stark zu.

Die *Produktivitätsentwicklung* kann nur in Bezug auf die Zahl der Beschäftigten bzw. Erwerbstätigen gemessen werden. Mit einem durchschnittlichen Anstieg um 1,9% pro Jahr (je Erwerbstätigen) fällt sie in der Periode 1996/2001 kräftiger aus als zwischen 1991 und 1996. In Bezug auf die geleisteten Arbeitsstunden ist mit höheren Produktivitätsgewinnen zu rechnen. Der Personalabbau im Bereich der Banken und der Post wird zu weiteren Produktivitätsschüben beitragen.

Da sich die zunehmende Zahl der Teilzeitbeschäftigten weitgehend aus der Arbeitskräftereserve und nicht aus der Arbeitslosigkeit rekrutiert, reagiert das Angebot an unselbständig Beschäftigten nunmehr elastischer auf die Nachfrage. Dadurch sinkt die *Arbeitslosigkeit* entsprechend langsamer. Die Arbeitslosenquote fällt nach traditioneller Definition von 7% im Jahr 1997 auf 6½% im Jahr 2001. Sie bleibt im Durchschnitt dieses Zeitraums etwas höher als zwischen 1991 und 1996.

LÖHNE UND PREISE

Der Wettbewerbsdruck, weitere Rationalisierungsmaßnahmen in den Unternehmen und die hohe Arbeitslosenzahl drücken die *Lohnentwicklung*. Mit der Belebung des Wirtschaftswachstums werden sich zwar die Lohnzuwächse in den nächsten Jahren etwas verbessern, im Periodendurchschnitt dürften sie aber je Beschäftigten

Übersicht 5 Deflatoren

	Ø 1979/ 1985	Ø 1985/ 1991	Ø 1991/ 1996	Ø 1996/ 2001
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+ 5.3	+ 2.2	+ 2.7	+ 1.8
Öffentlicher Konsum	+ 5.5	+ 4.3	+ 4.0	+ 2.1
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 4.5	+ 2.4	+ 2.2	+ 1.9
Exporte i w S	+ 3.8	+ 0.2	+ 0.7	+ 1.0
Waren	+ 3.3	- 0.6	+ 0.1	+ 1.1
Reiseverkehr	+ 4.8	+ 2.1	+ 3.4	+ 1.9
Importe i w S	+ 4.6	+ 0.1	+ 0.8	+ 1.5
Waren	+ 4.5	- 0.6	+ 0.1	+ 1.4
Reiseverkehr	+ 4.5	+ 2.5	+ 1.4	+ 2.5
Brutto-Inlandsprodukt	+ 4.7	+ 2.7	+ 2.9	+ 1.5
Terms of Trade				
Waren und Dienstleistungen	- 0.8	+ 0.1	- 0.1	- 0.5
Warenverkehr	- 1.2	± 0.0	± 0.0	- 0.3

kaum 2½% pro Jahr erreichen (1991/1996 +3,8%) Die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung dämpft die Lohn-erhöhung je Beschäftigten

Die Lohnstückkosten steigen in der Gesamtwirtschaft um nur 0,7% pro Jahr (1991/1996 +2,5%) Die bereinigte Lohnquote hat somit weiter sinkende Tendenz, die Real-lohnsteigerungen bleiben deutlich hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurück.

In der Folge des EU-Beitritts hat sich die Inflation in Österreich deutlich abgeschwächt Die gedämpfte Entwicklung der Lohnstückkosten schlägt sich in der Inflationsprognose nieder Auch von den Importen wird wenig Preisauftrieb ausgehen In Europa wird die Europäische Zentralbank voraussichtlich von der Deutschen Bundesbank die Rolle der Inflationsbekämpfung übernehmen Dollarkurs sowie Rohstoff- und Energiepreise werden keine Inflationsimpulse setzen Im Inland ist der bisweilen starke Anstieg der Mieten abgeflaut Auch im Dienstleistungsbereich dürfte zunehmender Konkurrenzdruck Preiserhöhungen erschweren

*Austria's Economy Manages to Link Up with the Growth Dynamic in the European Union
Medium-term Forecast for the Austrian Economy until 2001 – Summary*

The devaluation of a number of European currencies, measures to consolidate state budgets and structural problems that cannot be resolved all too quickly have together held the growth in the production component of Austria's overall economy since 1994 below that of the average for the EU's member-states Austria's economy should manage to catch up with the EU's growth dynamic as of 1998 as a result of the elimination of exchange rate-related competitive disadvantages, continuing structural improvements, and a somewhat less restrictive budgetary policy Measured on average for the period 1997-2001, real GDP will increase at a rate of 2.4 percent per year, or, in other words, 1 percentage point more quickly than for the preceding five year period This forecast rests on the assumption that the third stage of Economic and Monetary Union will be implemented as scheduled on January 1, 1999 and will encompass a large number of participating states.

As the expansion of production picks up steam, it will also lead to an increased demand for labor The growing pool of part-time employees is recruited mainly from manpower reserves – and not from among the unemployed For this reason, the unemployment rate will only decline slowly (according to traditional definitions, from 7 percent in 1996 to 6½ percent in 2001).

While exports are currently the motor behind economic growth, additional growth impulses during the course of 1998 should also come from investments The effort to rationalize, to modernize and to expand capacity will lead to the capital expenditures on machinery and

equipment growing much more rapidly than those for construction

Because of the subdued growth in the disposable income available to private households, the level of private consumption will only improve gradually and to a limited extent The continuing efforts at budgetary consolidation will also keep public sector demand in check

During 1997, the public deficit level will fall well below the 3 percent target established in the Maastricht Treaty and will sink below 2 percent GDP at the end of the forecast period The forecast decline in the current account balance from 2 percent (1997) to approximately 1 percent GDP is largely attributable to an improved balance of trade, which is itself likely as a result of the beneficial conditions which exist for increased competitiveness and the growth in the market share held by exports The dramatic decline in the travel industry's net receipts should come to a standstill; however, only a very slight recovery is expected for the coming years.

As a consequence of the country's accession to the EU, the rate of inflation in Austria has declined markedly The impact of the restrained growth in the unit labor costs can be witnessed in the forecasts for the rate of inflation Imports are also expected not to contribute all too much impetus to raising price levels The European Central Bank is likely to take over from the German Bundesbank the fight against inflation in Europe The annual rate of inflation during the forecast period will barely reach 2 percent, it will average 1.8 percent (compared to 2.7 percent for the period 1992-1996)

Die jährliche Inflationsrate (gemessen am Deflator des privaten Konsums, der weitgehend mit der Entwicklung des Verbraucherpreisindex konform geht) wird im Prognosezeitraum kaum 2% erreichen, sie beträgt im Durchschnitt 1,8% (gegenüber 2,7% in den Jahren 1992 bis 1996).

LITERATURHINWEISE

Baumgartner, J., Breuss, F., Kramer, H., Walterskirchen, E., Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion, WIFO, Wien, 1997

Breuss, F., Egger, P., Stankovsky, J., Die Übereinstimmung der österreichischen Exportstruktur mit der Dynamik der Exportmärkte, WIFO, Wien, 1997

Kramer, H., „Wirtschaftspolitische Überlegungen zum Stabilitäts- und Wachstumspakt“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(6), S. 363-371

Marterbauer, M., „Beschleunigung des exportgetragenen Wirtschaftswachstums Prognose für 1997 und 1998“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(9), S. 515-523

Smeral, E., „Globalisation and Changes in the Competitiveness of Tourism Destinations, Basic Report for the 46th AIEST Conference in Rotorua (New Zealand)“, in Keller, P. (Hrsg.), Globalisation and Tourism, St. Gallen, 1996.

Smeral, E., Bericht über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich 1996, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wien, 1997

Schulmeister, St., „Währungsunion fördert Wachstum in der EU. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2001“, in diesem Heft

Url, Th., „Die Kosten des Paktes für Stabilität und Wachstum“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(6), S. 373-383